



**6 KÄMPFEN**  
Auf die Plätze, fertig, los! In Israel beginnt am Sonntag die 18. Makkabiade

**17 ZANKEN**  
Ein kleiner Streifzug durch die deutsch-jüdische Blogosphäre

**19 MALOCHEN**  
Wie sich russische Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt positionieren



BERLIN, DEN 9. JULI 2009 17. TAMUS 5769 CH 4,00 SFR | A 2,50 EURO | BENELUX 2,50 EURO | F 2,50 EURO | D 2,20 EURO 64. JAHRGANG NR. 28 A 1107



Ralph Giordano träumt von einer Welt ohne Tapferkeitsmedaillen

## Aller Ehren wert

»Eisernes Kreuz«, »Ehrenkreuz der Bundeswehr für Tapferkeit« – ein historisch belastetes Thema? O ja!

Es ist wahr: Die »Legende vom sauberen Waffenrock der Wehrmacht« im Zeichen des Eisernen Kreuzes war die hartnäckigste von allen Lebenslügen, die letzte heilige Kuh deutscher Verdrängungskünste. Der nahezu kollektive Versuch, das gefährlichste Instrument in den Händen der verbrecherischen Reichsführung zu entnazifizieren und enthistorisieren. Gerade so, als hätten Heer, Marine und Luftwaffe 1939 bis 1945 in einem geschichtlichen Vakuum gekämpft – herausgelöst aus dem Staats- und Gesellschaftsverbund des Dritten Reiches.

Dass die Korrektur des gefälschten Wehrmachtbildes so spät kam (ohne natürlich der Trauer um das Leid deutscher Soldaten irgendetwas nehmen zu wollen), war nicht zuletzt jenen konservativen Erkenntnisverweigerern in der militärischen und zivilen Führung der Bundeswehr zu verdanken, die ihr Herkunftsverständnis bis tief in die 80er-Jahre hinein geprägt haben. Ich habe das »Die Traditionslüge« genannt, und sie hat lange mein Bild von der Bundeswehr bestimmt.

Ich zeige mich jedoch gänzlich unfähig, die Soldaten der Bundeswehr von heute in eine Linie mit der NS-Vergangenheit und den Veräumnissen der Nachkriegszeit zu bringen. Ihr Auftrag unterscheidet sich von Hitlerdeutschland so elementar wie der Staat, dessen Teil die Bundeswehr ist. Egal, ob man immer einverstanden ist mit einer Außenpolitik, die sich an internationalen Einsätzen wie dem in Afghanistan beteiligt: Ich habe ein großes Bedürfnis, diesen Soldaten ebenso meine Solidarität zu versichern wie meine Zustimmung, wenn sie ausgezeichnet werden.

Daneben aber hockt irgendetwas in mir die irrealen, doch unausrottbar Hoffnung auf eine Welt, in der endlich alle Voraussetzungen für die Verleihung von Tapferkeitsmedaillen verschwunden sind.

Der Autor ist Publizist und Schriftsteller (»Erinnerungen eines Davongekommens«).

## INHALT

**ISRAEL** ..... 4  
**Heiße Sache**  
Die Kaffeehaus-Kultur findet immer mehr Anhänger in Land

**UNSERE WOCHE** ..... 11  
**Alles nur gespielt**  
In Fürth nehmen Theaterleute das deutsch-jüdische Verhältnis aufs Korn

**SCHABBAT** ..... 20  
**Götzendienst**  
Warum Pinchas einen Israeliten und eine Midjaniterin tötete

# Bürger auf Widerruf

**IDENTITÄT** Ausländern, die hier aufwachsen, wird die doppelte Staatsangehörigkeit verwehrt – ein integrationspolitischer Irrsinn



Ganz oder gar nicht: Nur zu 50 Prozent Deutscher? Aus Sicht des Gesetzgebers weiterhin ein Unding.

VON SERGEY LAGODINSKY

Spätestens seit dem Beginn der Weltfinanzkrise ist »Chances« das Schlagwort der politischen Gegenwart. Chancen sieht man im Verlauf des Kapitalismus, in Insolvenzen und arbeitspolitischen Katastrophen. Je schneller sich das Glas leert, desto entschiedener weist man darauf hin, dass es immer noch halb voll ist. Nun zieht die Integrationsdebatte nach: Mit Blick auf den gesetzlichen Zwang für die hier geborenen Kinder ausländischer Eltern, sich spätestens im Alter von 23 Jahren für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden, spricht Hartfrid Wolff von »einer Chance«. Der Experte für Ausländerrecht in der FDP-Bundestagsfraktion sieht in der Entscheidungspflicht eine Möglichkeit für den Betroffenen, »sich darüber klar zu werden, wo er seine Zukunft sieht«. Wolff ist zudem Hobbypsychologe, liefert er doch eine Diagnose gleich mit: Wer sich gegen die deutsche Staatsbürgerschaft entscheide, wolle sich »auch emotional nicht vollständig integrieren«. Zwang als Chance – ein neues Konstrukt der Integrationspolitik?

Einige Parteikollegen sind allerdings nicht Herrn Wolfs Meinung. Zum Beispiel die beiden ehemaligen Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Liselotte Funke und Cornelia Schmalz-Jacobson. Von Vertretern der Grünen, der SPD und der Linkspartei ganz zu schweigen. Auch Rita Süsmuth von der CDU tritt entgegen der Parteilinie für die Abschaffung des sogenannten Optionszwangs ein. Wie andere Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft unterstützt sie eine neue Kampagne gegen das heutige Einbürgerungsmodell.

Die Regelung des Staatsbürgerschaftsrechts aus dem Jahr 1999 ist ein unschönes Beispiel für die Gleichzeitigkeit von

parteitaktischer Kompromissuche und politischem Unsinn. Nach der populistischen Kampagne gegen die doppelte Staatsangehörigkeit, die CDU-Mann Roland Koch zum hessischen Ministerpräsidenten gemacht hatte, glaubte Rot-Grün, sich mit den Oppositionsparteien CDU und FDP auf Bundesebene verständigen zu müssen. Das Ergebnis war und ist ein Grauen. Das Gesetz führt in unseren Alltag etwas ein, was weder rechtlich noch politisch auf Dauer haltbar ist: den Sonderstatus des »schwebend« Deutschen. Obwohl hier geboren, wird den Betroffenen lediglich eine Gnadenfrist zum Loyalitätsbekenntnis eingeräumt. Doch wie soll einer als Deutscher aufwachsen, wenn er nur Staatsbürger auf

## Die deutsche Realität hat die Vorstellungskraft der Gesetzgeber überholt.

Widerruf ist? In welcher verqueren Identitätswelt wacht einer auf, der per Post angefordert wird, sich zu entscheiden, welchen Teil seiner selbst er bereit ist aufzugeben? Dann lieber gar keine Doppelstaatlichkeit als eine, die junge Menschen emotional zerreißt, nur, weil unsere Parlamentarier sich nicht festlegen wollen.

Das Problem ist mehr als ein Streit über Formalien. Die neue deutsche Realität hat die Vorstellungskraft unserer Gesetzgeber längst überholt. Die Abgeordneten, die 1999 über das Gesetz befinden mussten und nun alle Änderungen ablehnen, haben mehrheitlich keine Ahnung, worüber sie bestimmen. Wie denn auch? Die meisten müssen sich höchstens zwischen der Mitgliedschaft im Schützenverein oder Tennisclub entscheiden. Für sie ist die

Staatsbürgerschaft ein toter Rechtsbegriff und Identität ein unteilbares Eigentum – wie das Sommerhäuschen, in das nicht mehr als eine Familie hineinpasst. Wer mehrere Identitäten hat, gilt als staatspolitisch suspekt und psychologisch bemitleidenswert.

Die Diskussion zeigt aber nicht nur den mangelhaften Umgang mit Mehrfachidentitäten. Diese gehören mittlerweile zum Alltag – ob in den jüdischen Gemeinden oder in türkischen Communities. Doch die Debatten darüber offenbaren die immer noch verkrusteten Fundamente unseres Selbstverständnisses als Gesellschaft. Die Vorstellung, hier aufgewachsene Ausländerkinder könnten sich erst durch einen Willensakt zu »echten« Deutschen »entpuppen«, offenbart ein fast mythisch überhöhtes Selbstbild. Es zeigt uns eine Gemeinschaft, die sich nur widerwillig vom Blutprinzip der Staatsangehörigkeit lösen mag.

Der Staatsrechtler Joseph Weiler hat Mitte der 90er-Jahre vermutet, dass nationale Loyalität der moderne Ersatz für das religiöse Bekenntnis geworden sei. In der Tat weist vor allem die oft unsachliche Diskussion um die Mehrstaatlichkeit Sakralisierungszüge auf: Wer mehr als einen Pass sein Eigen nennt, wird als staatspolitischer Götzendiener diffamiert.

Mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht wollte man Ende des 20. Jahrhunderts einen Weg in die deutsche Vielfaltszukunft ebnen. Nun sollte man die Tore in diese Zukunft auch denjenigen aufschließen, die in Deutschland aufgewachsen sind und sich diesem Land genauso zugehörig fühlen wie der Türkei, Frankreich oder Russland. Es ist an der Zeit, auch in dieser Frage staatspolitisch endlich Tacheles zu reden.

Der Autor lebt als Jurist und Publizist in Berlin. (Vgl. zu diesem Thema auch Seite 9)

## INTERVIEW

Rabbiner Henry Brandt über das jüdisch-christliche Gespräch, Nachwuchsorgen und ein Jubiläum



## »Wir sind eine Volksbewegung«

Herr Rabbiner, der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-jüdische Zusammenarbeit begeht diese Woche sein 60-jähriges Bestehen. Was gibt's zu feiern?

Sechs Jahrzehnte herausragende Arbeit, die deutschen Bürgern – christlichen und nicht-christlichen – geholfen hat, das Judentum besser kennenzulernen.

In letzter Zeit hat es herbe Rückschläge gegeben, man denke nur an die katholische Karfreitagsfürbitte und die Judenmission ... Wir sind in diese Probleme nur am Rande verwickelt. Unsere Gesellschaften sind weder theologische Arbeitskreise noch Mittler zwischen Kirche und Judentum, sondern es geht uns vor allem um Erinnerungsarbeit und gemeinsame Projekte auf Praxissebene. Wir sind eine Volksbewegung.

Eine Volksbewegung braucht Volk. Doch dem jüdisch-christlichen Dialog geht der Nachwuchs aus.

Das ist wirklich ein Problem. Wir sind überaltert. Viele Mitglieder der Gesellschaften sind ältere Menschen. Aber ich erlebe oft, dass sich auch Jüngere für das Thema interessieren. Nur lassen sie sich nicht so leicht organisieren, sie treten unseren Gesellschaften nicht bei.

Was tun Sie dagegen?

Das ist die 64.000-Dollar-Frage. Wir als Dachorganisation können wenig tun, da müssen die örtlichen Gesellschaften aktiv werden. Wir haben kürzlich eine Jugendkommission gegründet, die Programme für junge Leute entwickeln soll.

Regelmäßig wird beklagt, dass sich nur sehr wenige jüdische Teilnehmer an Ihrer Arbeit beteiligen. Wie werben Sie in den Gemeinden um neue Mitstreiter?

Das Problem liegt in der Struktur der Gemeinden. Die Mehrheit der Mitglieder sind Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion. Für sie ist das christlich-jüdische Gespräch kein Thema. Sie müssen sich erst einmal mit ihrem Judentum auseinandersetzen. Hinzu kommt das Problem der Sprache. Aber ich denke, dass aus dieser Gruppe neue Mitglieder zu uns finden, sobald sie in den Gemeinden Fuß gefasst haben und sich sprachlich besser ausdrücken können.

Was tun Sie, damit das jüdisch-christliche Gespräch nicht noch über Jahre vor allem eine Veranstaltung der »Alteingesessenen« bleibt?

Elliche unserer Gesellschaften bieten Programme an, die besonders auf Zuwanderer und ihre praktische Integration zielen. Wir in Augsburg haben zum Beispiel eine Cafe-Synagoga. Da treffen sich Mitglieder der Gesellschaft mit Zuwanderern und sprechen vor allem über deren Kultur, weniger über christlich-jüdische Probleme. Ich denke, es ist tatsächlich vor allem eine Frage der Zeit. Je besser die Zuwanderer in die Gemeinden integriert sind, desto offener werden sie für ein Gespräch mit anderen Religionen sein.

Mit dem jüdischen Präsidenten des Deutschen Koordinierungsrates sprach Tobias Kühn.

